

Im Kapitalismus wird es keine Klimagerechtigkeit geben. So sehen das die Klimabewegung und das Bündnis Ende Gelände, das seit 2015 Massenaaktionen in deutschen Braunkohlerevieren organisiert, um Kohlebagger, Kraftwerke oder Gleise zu blockieren. Zuletzt kamen dafür im November 2019 etwa 4000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Lausitz. Einer von ihnen ist Maximilian Becker. Der 30-jährige Ökonom ist seit 2016 bei Ende Gelände aktiv und seit 2021 Mitglied im Parteivorstand der Linken.

Auch Axel Vogel (Grüne), Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, war vor seiner Karriere in der Politik in der Umweltbewegung aktiv und ist noch immer ein Freund des zivilen Ungehorsams. Beide sind sich einig, dass Kohleausstieg, Energie- und Verkehrswende so schnell wie möglich kommen müssen. Kontrovers diskutieren sie jedoch die politischen und wirtschaftlichen Wege dorthin.

Herr Vogel, Sie haben sich schon vor Jahren für den Kohleausstieg 2030 stark gemacht. Und Sie, Herr Becker, die Klimabewegung und Ende Gelände treten für einen sofortigen Kohleausstieg ein. Wie bewerten Sie die Arbeit der Kohlekommission und das Datum des Kohleausstiegs 2038?

Axel Vogel: Der von den Umweltverbänden mitgetragene Kohlekompromiss wurde nie Eins zu Eins in Bundesrecht umgesetzt. Dessen ungeachtet gibt das Kohleausstiegsgesetz den ordnungspolitischen Rahmen meines Handelns vor. Ein Kohleausstieg ist schon vor dem festgesetzten spätesten Ausstiegstermin 2038 erreichbar, weil Marktmechanismen den ordnungsrechtlichen Rahmen überholen können. Zum Beispiel ist aktuell der Stromabsatz coronabedingt rückläufig und zugleich der CO₂-Preis so massiv angestiegen, dass zur Stromerzeugung vermehrt von der Kohle auf emissionsärmere Gaskraftwerke umgestiegen wurde. In der Folge ist ganz ohne Kohleausstiegsgesetz der Tagebau Jämschwalde bis auf weiteres stillgelegt. Wenn die Kohle keinen politischen Rückhalt mehr hat, keine verdeckten Subventionsprozesse mehr ablaufen, ist sie auch nicht wirtschaftlich.

Maximilian Becker: Beim Tagebau Jämschwalde kommt für mich ein ganz zentraler Mechanismus zum Tragen, der zeigt, was falsch gelaufen ist im Rahmen des Kohleausstiegs. Der Kohlekonzern LEAG (Lausitz Energie AG) bekommt 1,75 Milliarden Euro Entschädigung. Der lässt sich bis ins Jahr 2038 entgehende Gewinne vergolden. Wir sehen aber, dass das Geschäft mit der Kohle schon jetzt überhaupt keine Gewinne mehr macht. Teile der Klimabewegung haben immer kritisiert, dass die Umweltverbände in der Kohlekommission sich von der deutschen Wirtschaft haben einlullen lassen und dann wurde von diesen mangelhaften Ergebnissen der Kommission im Gesetzgebungsprozess noch mal ganz zentral abgewichen. Klar ist: Das Ausstiegsdatum 2038 ist zu spät, um die völkerrechtlich bindenden Pariser Klimaziele zu erreichen. Ein letzter Punkt ist, dass die Kohle-Kommission überhaupt nicht demokratisch, durch den Bundestag legitimiert war. Daher muss der ganze Kohle-Kompromiss an sich in Frage gestellt werden. Klimapolitisch ist ein sofortiger Kohleausstieg unerlässlich.

Herr Vogel, Sie hatten mal gesagt, wenn Brandenburg nicht bis 2030 aus der Kohle aussteige, würde es sein Klimaschutzziel verfehlen. Das lautete, die CO₂-Emissionen auf 25 Millionen Tonnen pro Jahr zu senken. Kann das nun noch erreicht werden?

Vogel: Wir stehen heute bei 44,5 Millionen Tonnen energiebedingte CO₂-Emissionen in Brandenburg. Das Kraftwerk Jämschwalde wie geplant abzuschalten, bringt uns 16 Millionen Ersparnis, dann fehlen noch mindestens vier Millionen Tonnen. Für die Landesregierung erarbeitet unser Haus derzeit einen Klimaplan mit Sektorzielen, die von den einzelnen Ministerien auch nachprüfbar umgesetzt werden. Mein Ministerium beschäftigt sich mit dauerhafter CO₂-Bindung durch Landbewirtschaftung, das Wirtschaftsministerium mit einer Wasserstoffoffensive und den Speichertechnologien und das Verkehrsministerium mit einer neuen Baukultur und der Verkehrswende. Eine Verkehrswende bedeutet für mich nicht, dass wir nur die fossilen Antriebsaggregate gegen Elektromotoren austauschen, sondern dass wir auf öffentlichen Personennahverkehr umsteigen. Elektromotoren sind aber ein Zwischenschritt, durch den wir jetzt sehr schnell unseren CO₂-Ausstoß nach unten fahren können. Es ist daher gut, dass



Ein Kompromiss mit Fragezeichen

Streitgespräch Wie müssen die Energiewende in Brandenburg und ein Strukturwandel in der Lausitz aussehen? Was hat Klimagerechtigkeit damit zu tun? Axel Vogel, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg, will schon früher als geplant aus der Braunkohle aussteigen. Klima-Aktivist Maximilian Becker geht noch weiter.

Von Louisa Theresa Braun

die geplante Tesla-Ansiedlung in Brandenburg die ganze europäische Automobilindustrie in Zugzwang bringt.

Becker: Auch ein neues Tesla-Werk wird diese Verkehrswende nicht bringen. Der motorisierte Individualverkehr muss überwunden werden. Die Zukunft der Elektromobilität liegt in den öffentlichen Verkehrsmitteln und die müssen wir ausbauen, gerade im ländlichen Raum. Für Tesla werden außerdem Umweltgesetzgebungen geschöpft. Das Werk wird in einem Trinkwasser-Schutzgebiet gebaut. Das möchte ich deutlich kritisieren, dass es eigentlich nicht sein kann, dass aufgrund von Konzerninteressen Klimaschutz geopfert wird.

Vogel: Bei der öffentlichen Elektromobilität stimme ich Ihnen hundertprozentig zu. Ihre Kritik an der Tesla-Ansiedlung kann ich so nicht stehen lassen. In einer Trinkwasser-Schutzzone 3 ist Bauen unter strikten Auflagen erlaubt. Es spielt sich alles im Rahmen der gültigen Gesetze ab.

Sie hatten immer viel Lob für Fridays for Future übrig, haben sich auch schon mit Aktivistinnen und Aktivistinnen von Fridays for Future getroffen, aber bislang noch nicht mit Ende Gelände. Eine der Ende Gelände-Aktionen 2016, als das Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ am Tagebau Welzow-Süd erstürmt wurde, haben Sie explizit verurteilt. Was unterscheidet Ende Gelände Ihrer Ansicht nach von Fridays for Future?

Vogel: Fridays for Future haben einen gesellschaftlichen und politischen Aufbruch bewirkt, durch den Klimaschutz plötzlich zentrales Thema einer Koalition in Brandenburg werden konnte. An Ende Gelände kritisiere ich deren Vorstellung, mit Platzbesetzungen den Kohleausstieg schaffen zu können. Das halte ich für nicht sehr überzeugend. Das sind nur symbolische Aktionen, wenn auch mitunter von hohem Wert. Ich war bei einer der Besetzungen als parlamentarischer Beobachter dabei und da war alles friedlich, es gab keine Gewalt, keine Zerstörungen. Das finde ich ganz wichtig, wenn wir über zivilen Ungehorsam reden. Im Fall der Kraftwerkserstürmung war das für mich nicht gegeben. Ich finde aber auch, dass man mit seiner Person offen dafür einstehen muss, wenn man Regeln bricht. Auch ich musste mich

Zentrales Ziel von Klimabewegung und Ende Gelände ist Klimagerechtigkeit. Der Begriff bezieht sich darauf, dass unter dem Klimawandel vor allem diejenigen leiden, die am wenigsten für ihn verantwortlich sind, nämlich die Menschen im globalen Süden, deren Lebensraum zunehmend unbewohnbar wird. Weit weg von Brandenburg. Warum sollte Klimagerechtigkeit für uns hier in Brandenburg eine Rolle spielen?

Becker: Deutschland wird sich durch seine wirtschaftliche Stärke sehr gut von den Folgen des Klimawandels abgrenzen können. Länder des globalen Südens können das nicht in dem Maße. Die Klimagerechtigkeitsbewegung sagt, dass wir die Demokratisierung zentraler Industrien brauchen, um demokratisch legitimiert mit mehr Menschen verhandeln können, wie die zukünftige Gesellschaft und wie ein gutes Leben für alle Menschen global erreicht werden kann. Aber auch die Menschen, die bei uns in Deutschland mehr Geld haben als andere, verursachen durch ihren Konsum wesentlich mehr CO₂-Emissionen. Ein Großteil des Vermögens liegt im Westen. Deswegen kämpft auch die Linke für eine andere Vermögensverteilung. Deutschland zahlt pro Jahr mehr als 50 Milliarden Euro für klimaschädliche Subventionen. Wenn diese gestrichen und das Geld beispielsweise in die energetische Sanierung gesteckt werden, ohne dass Mieterinnen und Mieter mehr bezahlen müssen, dann wäre schon viel geholfen.

Vogel: Man kann fehlende Klimagerechtigkeit auch mit Zahlen unterlegen: Der globale Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ liegt aktuell bei fünf Tonnen. Wir in Deutschland emittieren fast das Doppelte, in Brandenburg gar das Vierfache. Wir müssen so schnell es geht auf Nettonull Treibhausgasemissionen herunter. Unsere Aufgabe muss daher sein, zu zeigen, dass eine Industriegesellschaft auch CO₂-neutral sein kann. Wir sind jahrzehntlang ein schlechtes Vorbild gewesen für viele Staaten, die uns nachgeeifert haben, im Sinne von: Wir wollen Industrialisierung um jeden Preis. Jetzt müssen wir den Beleg dafür liefern, dass Industrie und Wohlstand auch CO₂-neutral möglich sind. Das ist ein Ziel, das wir uns gemeinsam auf die Fahnen schreiben sollten.

Was Lausitzer vom Strukturwandel halten, beleuchtet Johannes Staemmler in seinem Buch „Wir schaffen das schon“.

Pro & Contra

Hat die Lausitz im Strukturwandel das Schlimmste überstanden?

Veränderung Die Region zwischen Brandenburg und Sachsen ist im Wandel. Der Lausitzer Sozialwissenschaftler Johannes Staemmler vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam sagt: Die Lausitz hat den Strukturwandel weit besser verkraftet als bisher angenommen. Hat er recht?

Pro

Jacky Westermann Volontärin MOZ



Der Strukturbruch der 1990er war für die Lausitz und ihre Menschen traumatisch. Hoffnungen und Erwartungen der Wende fielen wie ein Kartenhaus in sich zusammen, als innerhalb von 13 Jahren die 79.000 Jobs in der der Wirtschaft alldominierenden Braunkohle 1989 auf weniger als 7000 im Jahr 2001 schrumpften – für viele ein ersatzloser Jobverlust.

Doch die Veränderungen der nächsten Jahre werden anders sein, weniger traumatisch. Seit 2003 sind die von der Kohle abhängigen Arbeitsplätze auf stetig gleichem Niveau geblieben – um die 8000 direkte sind es laut Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, insgesamt mit indirekter Abhängigkeit heute rund 13.000. Und auf diesen Verlust der Arbeitsplätze, anders als in den 1990ern, wird sich akribisch vorbereitet.

Die Politik reagiert frühzeitig und stellt einen Fahrplan zur Verfügung. Schon jetzt ist die Wirtschaft diversifizierter, die Milliarden der Bundesregierung in weitere Industrie-Ansiedlungen und Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen fließen können, dazu schaffen sie Ausbildungsmöglichkeiten und Anpassungsgelder. Ein abruptes Erwachen wie vor 30 Jahren wird sich so kaum wiederholen. Der bis 2038 ausgelobte Strukturwandel ermöglicht vielmehr ein viel „sanfteres“, geordnetes Vorgehen. Anders als mit dem überraschenden Ende der DDR wissen die Menschen, was und vor allem wie es kommt.

Contra

Heike Reiß Volontärin LR



Der Lausitz steht der gravierendste Umbruch seit Wendezeiten bevor: Wo in den letzten Jahrzehnten Energieunternehmen wie Vattenfall oder nun die LEAG das landesweite Image bestimmen, können sie doch die Schattenseiten der Region nicht verbergen: Wer soll das Loch füllen, das der Kohleausstieg in das Herz der Region gerissen hat? Sprembergs Bürgermeisterin Christine Herntier spricht auf Nachfrage von 20.000 Jobs, die von dem fossilen Brennstoff abhängen – das entspricht der Größenordnung einer ganzen Lausitzer Kleinstadt.

Zusätzlich gibt es weiterhin kaum genügend Fachkräfte, die in den verheißenen „zukunftsweisenden Technologien“ arbeiten können: Nach Markus Tolle, Chef der IHK-Cottbus, braucht es mehr als 5000 Zuzügler mit ihren Familien, um das größte Wirtschaftsproblem der Region zu lösen. Diese reichen aber noch lange nicht aus, um die fehlenden Jobs aus dem Kohle-Sektor zu kompensieren. Warum sollten gut ausgebildete Fachkräfte in die Lausitz übersiedeln? Ein geringeres Lohnniveau, lange Anfahrtswege, veröden Innenstädte und Bordsteine, die spätestens um vier Uhr nachmittags hochgeklappt werden. Wer Zukunft will, darf nicht nur in Technologie investieren, sondern auch in die Menschen vor Ort.

Was Lausitzer vom Strukturwandel halten, beleuchtet Johannes Staemmler in seinem Buch „Wir schaffen das schon“.

Klima-Aktivist Maximilian Becker (links) findet, dass Deutschland sofort aus der Kohle aussteigen muss. Auch Axel Vogel, Brandenburgs Umweltminister, leistete früher zivilen Ungehorsam. Fotos: Martin Neuhof, Jens Kalaene/dpa

vor Jahrzehnten schon vor Gericht verantworten. Solange keine Gewalt angewandt wird, kann man auch eine gesellschaftliche Akzeptanz für seine Ziele bekommen. Das Problem in der Lausitz ist allerdings, dass sich viele Menschen in ihrer Existenz als Kohlekumpel oder als deren Angehörige in Frage gestellt und bedroht gefühlt haben. Ich habe die Aggression gegen die Ende Gelände-Aktiven gespürt. Daher sollten sie sich fragen, wer ihr Adressat ist. Wollen sie die Menschen, die unmittelbar von der Kohle leben, auch mitnehmen? Bei Ende Gelände habe ich das Gefühl, sie richten sich eher an gesellschaftliche Gruppen außerhalb der Lausitz, während Fridays for Future versucht, so eine Diskussion gar nicht aufkommen zu lassen, sondern überall mit ihren Positionen aktiv werbend auftritt. Das ist der Unterschied.

Becker: Natürlich wissen die Klimabewegung und Ende Gelände, dass es eine symbolische Aktion ist, 24 Stunden einen Tagebau zu besetzen. Aber es ist ein beeindruckendes Zeichen, diese Landschaften der Tagebaue ins kollektive Gedächtnis zu rufen. Die gesamte Klimabewegung hat es geschafft, das Thema Kohle zu einem gesellschaftlich relevanten Thema zu machen und ich glaube, ohne diese Erfolge wäre der Kohleausstieg politisch erst später verhandelt worden. Herr Vogel hat aber recht damit, dass Ende Gelände es bisweilen verpasst hat, sich stärker an die Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter zu stellen. Aber Ende Gelände hat immer deutlich gemacht, nicht gegen die Kohlekumpel zu sein, sondern gegen das Verfeuern von Kohle. Da ist die Situation in der Lausitz eine ganz andere als die in den Kohle-Revieren in Nordrhein-Westfalen. Wenn die stillgelegt werden, gibt es in der Nähe andere industrielle Jobs mit ähnlichen Arbeitsbedingungen. In der Lausitz gibt es die bislang nicht. Das heißt, es kommt darauf an, solche Jobs massiv zu schaffen, die Lausitz zum Beispiel zu einer Modellregion für erneuerbare Energien zu machen und den Menschen die Angst zu nehmen, dass sie ohne Job dastehen. Das könnte auch durch eine staatliche Beschäftigungsgarantie gewährleistet werden, wie die Linke sie konzipiert hat.

Zentrales Ziel von Klimabewegung und Ende Gelände ist Klimagerechtigkeit. Der Begriff bezieht sich darauf, dass unter dem Klimawandel vor allem diejenigen leiden, die am wenigsten für ihn verantwortlich sind, nämlich die Menschen im globalen Süden, deren Lebensraum zunehmend unbewohnbar wird. Weit weg von Brandenburg. Warum sollte Klimagerechtigkeit für uns hier in Brandenburg eine Rolle spielen?

Becker: Deutschland wird sich durch seine wirtschaftliche Stärke sehr gut von den Folgen des Klimawandels abgrenzen können. Länder des globalen Südens können das nicht in dem Maße. Die Klimagerechtigkeitsbewegung sagt, dass wir die Demokratisierung zentraler Industrien brauchen, um demokratisch legitimiert mit mehr Menschen verhandeln können, wie die zukünftige Gesellschaft und wie ein gutes Leben für alle Menschen global erreicht werden kann. Aber auch die Menschen, die bei uns in Deutschland mehr Geld haben als andere, verursachen durch ihren Konsum wesentlich mehr CO₂-Emissionen. Ein Großteil des Vermögens liegt im Westen. Deswegen kämpft auch die Linke für eine andere Vermögensverteilung. Deutschland zahlt pro Jahr mehr als 50 Milliarden Euro für klimaschädliche Subventionen. Wenn diese gestrichen und das Geld beispielsweise in die energetische Sanierung gesteckt werden, ohne dass Mieterinnen und Mieter mehr bezahlen müssen, dann wäre schon viel geholfen.

Vogel: Man kann fehlende Klimagerechtigkeit auch mit Zahlen unterlegen: Der globale Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ liegt aktuell bei fünf Tonnen. Wir in Deutschland emittieren fast das Doppelte, in Brandenburg gar das Vierfache. Wir müssen so schnell es geht auf Nettonull Treibhausgasemissionen herunter. Unsere Aufgabe muss daher sein, zu zeigen, dass eine Industriegesellschaft auch CO₂-neutral sein kann. Wir sind jahrzehntlang ein schlechtes Vorbild gewesen für viele Staaten, die uns nachgeeifert haben, im Sinne von: Wir wollen Industrialisierung um jeden Preis. Jetzt müssen wir den Beleg dafür liefern, dass Industrie und Wohlstand auch CO₂-neutral möglich sind. Das ist ein Ziel, das wir uns gemeinsam auf die Fahnen schreiben sollten.